

# Argumente gegen die ungerechte Steuervorlage

## Konzerne profitieren.

*Neue Steuerprivilegien kosten eine halbe Milliarde pro Jahr*

Mit der Patentbox, dem Abzug für Forschung und Entwicklung und der zinsbereinigten Gewinnsteuer führt die Steuervorlage (SV17) drei neue Instrumente zur Steuervermeidung ein – und reizt diese maximal aus. Zusätzlich senkt die SV17 die allgemeinen Gewinnsteuern um 12.5 Prozent (von acht auf sieben Prozent), angedacht ist gar eine Senkung um 25 Prozent (von acht auf sechs Prozent).

Wie hoch die Steuerausfälle durch die SV17 sein werden, kann niemand genau vorhersagen. Klar ist nur: Es wird teuer. Sehr teuer. Der Regierungsrat rechnet bei Kanton und Gemeinden mit Steuerausfällen von einer knappen halben Milliarde Franken – pro Jahr. Weil die Auswirkungen der neuen Steuerprivilegien so schwer einzuschätzen sind, kann es gut sein, dass die effektiven Kosten nochmals erheblich höher liegen.

*Blindflug ohne Sicherheitsnetz*

Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Unternehmenssteuerreform massiv höhere Ausfälle verursacht, als prognostiziert: Bei der Unternehmenssteuerreform II sprach der Bundesrat im Vorfeld der Abstimmung von maximal 130 Millionen Franken Steuerausfällen. In Tat und Wahrheit liegen die Ausfälle bis heute um ein Hundertfaches (!) höher – nämlich bei mehr als 15 Milliarden Franken.

Eine vernünftige Begrenzung der maximalen Steuerabzüge – und damit auch des Risikos für die Steuerzahlenden – fehlt. Wird die SV17 angenommen, können Konzerne künftig bis zu 70 Prozent ihrer Gewinne steuerfrei ausschütten. Davon profitieren aber nicht etwa die Schweizer Anlegerinnen und Anleger. Ein Grossteil des Geldes fliesst zu Grossaktionären ins Ausland ab, z.B. nach Qatar oder Saudi-Arabien.

*Einseitige Vorlage ohne jeden Ausgleich*

Auch einen sozialen Ausgleich für die massiven Steuersenkungen sucht man vergebens. So weigerten sich Kantons- und Regierungsrat die Dividendenbesteuerung zu erhöhen. Damit hätte man diejenigen an den Kosten beteiligen können, die von den neuen Steuerprivilegien besonders profitieren: die Grossaktionäre der Konzerne.

In der Vorlage finden sich auch keine Mittel zur Aufstockung der Kinderzulagen, für die Verbilligung der Krankenkassenprämien oder für die ausserschulische Kinderbetreuung. Die meisten anderen Kantone versuchen die Folgen ihrer SV17-Umsetzungen mit diesen Massnahmen sozial abzufedern. Die Zürcher Kantonsregierung hält das offenbar nicht für nötig.

## **Der Mittelstand bezahlt.**

### *Abgabenlast für den Mittelstand steigt*

Die massiven Steuersenkungen für die Konzerne würden den Anteil des Mittelstandes an der gesamten Steuerlast weiter erhöhen. Gerade in den Gemeinden, die besonders hohe Steuerzufälle verkraften müssten, drohen zusätzlich auch noch Steuer- oder Gebührenerhöhungen für natürliche Personen – also uns alle.

Um die Zufälle durch die Gewinnsteuersenkung auszugleichen, müsste z.B. Kloten rein rechnerisch die Steuern für natürliche Personen um zwölf Prozent erhöhen – und die Mindereinnahmen durch die neuen Steuerprivilegien sind da noch gar nicht mit eingerechnet.

### *Es drohen Abbau und Stillstand*

Schon 2016 reagierte der Kanton Zürich nach diversen Steuergeschenken an die Reichsten mit dem Spar- und Abbaupaket «Lü16». Dabei wurden an allen Ecken und Enden Leistungen und Angebote für die Bevölkerung gestrichen oder gekürzt: von den Prämienverbilligungen über die Bildung bis zum Schiffsflübler.

Ähnliches droht nun mit der SV17. Trotz weiter steigenden Krankenkassenprämien dürften die Prämienverbilligungen erneut unter Druck kommen. Und auch im Umwelt- und Klimaschutz könnten die Zufälle durch die SV17 zu einem Stillstand führen.

## **Zürich verliert.**

Der Kanton Zürich punktet nicht mit Tiefsteuern, sondern mit Qualität. Ginge es nur um tiefe Steuern, wären die vielen ordentlich besteuerten Unternehmen, welche mit 84 Prozent den grössten Teil der Unternehmenssteuer-Einnahmen ausmachen, schon längst in einen der angrenzenden Tiefsteuerkantone weggezogen.

Zürich bietet seinen Unternehmen und deren Mitarbeitenden mehr als nur finanzielle Anreize: Bildungsinstitute von Weltrang, einen zuverlässigen öffentlichen Verkehr, eine hervorragende Gesundheitsversorgung und Vieles mehr.

Anstatt mit immer weiteren Steuersenkungen und Abbaupaketen seine eigenen Stärken zu untergraben, sollte der Kanton Zürich auf sie vertrauen und in sie investieren. Mit der SV17 fließt das dafür nötige Geld jedoch zu den Konzernen und Grossaktionären im Ausland ab.

Für einen starken und attraktiven Kanton Zürich braucht es deshalb ein NEIN zur SV17!